

4269/AB XX.GP

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 4598/J betreffend österreichische EU - Präsidentschaft, welche die Abgeordneten Mag. Schweitzer und Kollegen am 25.6.1998 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Zur Beantwortung dieser Fragen darf auf die Beantwortung des Herrn Bundeskanzlers Anfrage Nr. 4595/J verwiesen werden.

Antwort zu den Punkten 3 bis 5 der Anfrage:

Welche der in meinen Zuständigkeitsbereich aus dem offiziellen Arbeitsprogramm der österreichischen Präsidentschaft fallenden Vorhaben während der österreichischen Präsidentschaft zum Abschluß gebracht werden können, läßt sich angesichts der komplexen und teilweisen divergierenden Interessen der 15 EU - Mitgliedstaaten sowie der

Europäischen Kommission realistischer Weise nicht vorhersagen.

Schwerpunkte meiner diesbezüglichen Aktivitäten werden jedenfalls sein;

Auf dem Gebiet der Außenwirtschaftspolitik steht die Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen im Rahmen der WTO im Zentrum der Bemühungen der österreichischen Präsidentschaft. Eine besondere Aufgabe wird es sein die Haltung der Gemeinschaft bei einer umfassenden WTO - Verhandlungsrunde ab dem Jahr 2000 weiter vorzubereiten. Es ist auch ein Anliegen der Präsidentschaft, die Eingliederung weiterer Wirtschaftsnationen in das multilaterale Handelssystem weiterzuführen.

Auf dem Gebiet Binnenmarkt räume ich der Umsetzung des Aktionsplanes zur Vollendung des Binnenmarktes hohe Priorität ein. Dabei werden auch die Initiativen zur Vereinfachung der Rechtsvorschriften (simpler legislation for the internal market — SLIM) voranzutreiben sein.

Fortschritte sollen auch in den Bereichen öffentliches Auftragswesen sowie bei den rechtlichen Aspekten der Informationsgesellschaft - inklusive elektronischem Geschäftsverkehr - erzielt werden.

Auch wird die Verwirklichung des Richtlinienvorschlags zur Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr, die insbesondere positive Auswirkungen auf die Finanzlage von KMU's haben wird, vorangetrieben werden müssen.

Im Bereich des gewerblichen Rechtsschutzes wird man sich um den Schutz von Erfindungen durch Gebrauchsmuster, um den Beitritt der EU zum Protokoll zum Madrider Markenabkommen und um eine Verbesserung des Rechts der Gemeinschaftsmarke bemühen.

Auf dem Gebiet Industrie und KMU wird das Thema Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Unternehmen einen prioritären Stellenwert unter der österreichischen Präsidentschaft einnehmen.

Nicht zuletzt im Hinblick auf die Erweiterung kommt der grenzübergreifenden industriellen Kooperation in den Mitgliedstaaten und mit den Beitrittskandidaten im KMU - Bereich besondere Bedeutung zu. Der österreichische Vorsitz wird sich um die Verbesserung der Rahmenbedingungen dieser Kooperation bemühen.

Die österreichische Präsidentschaft wird weiters eine euro - mediterrane Industrieministerkonferenz abhalten, mit dem Ziel einer Intensivierung der industriell - gewerblichen Zusammenarbeit mit den Mittelmeerstaaten.

In bezug auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU), die eine entscheidende Rolle bei der Schaffung von Arbeitsplätzen spielen sowie einen wichtigen Faktor der sozialen Stabilität und wirtschaftlichen Dynamik darstellen, wird besonderes Augenmerk der Wachstumsphase dieser Unternehmen gewidmet werden. Hierbei werden neben grenzübergreifenden Kooperationen insbesondere die Bereiche Finanzierung und Unternehmergebildung im Vordergrund stehen. Um die Bedeutung

dieses Bereiches hervorzuheben, wird im September 1998 ein KMU - Forum stattfinden, das sich insbesondere der Verbesserung der europäischen und nationalen Rahmenbedingungen für KMU widmen wird.

Österreich plant, die Arbeiten im Bereich der industrienahen Dienstleistungen (z.B. Unternehmens - und Rechtsberatung, Werbung, technische Dienstleistungen etc.) weiterzuführen, um das beträchtliche Beschäftigungspotential dieser bedeutenden Branche besser zu nützen.

- Auf dem Gebiet Energie dient das Rahmenprogramm Energie zur Verbesserung der Transparenz, Kohärenz und Koordination sämtlicher Maßnahmen der Gemeinschaft im Energiebereich und des effizienteren Einsatzes der finanziellen Mittel. Thema der Verhandlungen während der österreichischen Präsidentschaft sind u.a. Programme über die sinnvolle Nutzung von Energie und über die Forcierung alternativer bzw. erneuerbarer Energieträger.

Die Mitteilung der Europäischen Kommission über die Energieeffizienz in der Gemeinschaft ("Für eine Strategie zur rationellen Energienutzung") ist gerade während des österreichischen Vorsitzes auch im Rahmen des "Kyoto - Follow up" sehr aktuell. Für den österreichischen Vorsitz hat die Forcierung der sinnvollen und rationellen Nutzung der eingesetzten Energie einen hohen Stellenwert.

Das von der Europäischen Kommission vorgelegte Weißbuch zur Entwicklung einer Gemeinschaftsstrategie im Bereich der erneuerbaren Energiequellen stellt eine gute Grundlage für die Behandlung dieser Thematik sowohl auf Gemeinschaftsebene als auch auf Ebene der Mitgliedstaaten dar. Weiters wird der Bestandsaufnahmebericht der Europäischen Kommission zu erörtern sein.

Im Rahmen des Vertrages über die Energiecharta ist im Laufe des Jahres 1998 mit der Annahme des Zusatzvertrages zu rechnen, der Regelungen für die Anwendung des Meistbegünstigungs - und Inländergleichbehandlungsprinzips in der Präinvestitionsphase enthält.

Auf dem Gebiet des Tourismus ist in Anbetracht der sich verschärfenden Wettbewerbssituation insbesondere die Verbesserung der Qualität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Tourismuswirtschaft sowie ihrer Rahmenbedingungen von besonderer Bedeutung.

Unter österreichischer Präsidentschaft fand im Juli ein Seminar in Mayerhofen im Zillertal statt, welches sich intensiv dem Thema der qualitätsorientierten Tourismusentwicklung und ihrer Bedeutung für die Wettbewerbsfähigkeit der Tourismusbranche in Europa gewidmet hat.

Antwort zu den Punkten 6 und 7 der Anfrage:

Mein Bemühen wird sich auf die Verwirklichung der in meinen Zuständigkeitsbereich fallenden Aufgaben des offiziellen Arbeitsprogrammes der österreichischen Präsidentschaft konzentrieren, das getragen ist von der Stärkung der demokratischen Legitimität unter Verwirklichung des Subsidiaritätsprinzips.

Weiters möchte ich darauf hinweisen, daß allen Interessierten die Möglichkeit geboten wird, sich via Internet (<http://www.bmwa.gv.at>) über das Programm des Wirtschaftsministeriums während der EU - Präsidentschaft zu informieren, in welchem auch auf die geplanten Veranstaltungen Bezug genommen wird.

Antwort zu Punkt 8 der Anfrage:

Der Erfolg einer Vorsitzführung kann grundsätzlich nicht nach der Quantität der allenfalls abgeschlossenen Rechtsvorhaben beurteilt werden, sondern ist im Hinblick auf die in den jeweiligen Gremien erzielten Sachlösungen und Kompromisse zu ermitteln. Eine kontinuierliche Fortentwicklung der in Diskussion befindlichen Legalvorhaben in Richtung einer angemessenen Gesamtlösung ist daher nach meiner Ansicht bereits als erfolgreicher Ratsvorsitz anzusehen.